

Jahr 2020 – und in weiterer Folge im Jahr 2030 – erreicht werden, ist eine Nachschärfung der bestehenden Regelung notwendig:

Stärkung der Monitoringstelle: Der Vollzug des Energieeffizienzgesetzes, insbesondere die Kontrolle der Einhaltung der Verpflichtungen der energieverbrauchenden Unternehmen und der Energielieferanten ist eine zentrale hoheitliche Aufgabe. Der Energieeffizienz-Monitoringstelle muss daher Behördenstatus eingeräumt werden. Die Monitoringstelle muss zudem eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung erhalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Monitoringstelle unabhängig agieren kann und nur Maßnahmen angerechnet werden, die in der Realität tatsächlich zu den entsprechenden Energieverbrauchseinsparungen führen.

Einsparziel nachschärfen: Das Einsparziel muss nachgeschärft werden. Die Verpflichtung der Energielieferanten jedes Jahr Maßnahmen zu setzen, welche den Energieverbrauch um 0,6% senken, ist nicht ausreichend um das Ziel für 2030 zu erreichen.

Mehr Investitionen in Ökostrom durch Reform des Förderregimes

Da Elektrizität klimafreundlich erzeugt werden kann und vielfältig verwendbar ist, wird sie in Zukunft immer öfter andere Energieträger ersetzen. Beispiele dafür sind Elektroautos im

Das aktuelle Fördersystem für „Ökostrom“ ist der neuen Herausforderung nicht gewachsen. Außerdem setzt es falsche Anreize.

Verkehr, aber auch der zunehmende Einsatz von stromgeführten Wärmepumpen. In Summe bedeutet dies: Selbst wenn es gelingt, den Energieverbrauch insgesamt zu senken, die Nachfrage nach Strom wird weiter zunehmen.

Der damit verbundene steigende Bedarf an Strom kann nur schwer abgeschätzt werden. Mit einer deutlichen Zunahme ist aber jedenfalls zu rechnen. Um nicht dauerhaft von Stromimporten abhängig zu sein, führt daher kein Weg am ambitionierten Ausbau erneuerbarer Stromproduktion vorbei. Österreichs Energie, sprich die Interessensvertretung der Österreichischen Energiewirtschaft³ schätzt das Ausbaupotenzial bis 2030 auf rund 20 TWh. Der „Plan A“ (S.120⁴) von Bundeskanzler Kern geht sogar noch einen Schritt weiter und visiert einen Ökostromausbau von 24 TWh bis 2030 an. Das würde eine Steigerung der inländischen Stromproduktion um 35% bis 42% gegenüber 2014 bedeuten. Gleichzeitig entspricht dies mehr als einer Verdreifachung der geförderten Ökostromproduktion. Zum Ver-

gleich: Im Jahr 2015 wurden rund 9 TWh an Ökostrom ins System eingespeist, wobei die Anlagenbetreiber knapp 960 Millionen Euro an Vergütungen (S. 24⁵) dafür bekamen. Mehr als 2/3 davon sind Förderungen und von den VerbraucherInnen aufzubringen. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, wird es in Zukunft also noch deutlich mehr Fördergelder brauchen.

Keine Zukunft ohne (Ökostrom-)Reform

Das Problem dabei: Das aktuelle Fördersystem für „Ökostrom“⁶ ist dieser neuen Herausforderung nicht gewachsen. War es in der Anfangsphase nützlich, um möglichst viele erneuerbare Anlagen möglichst rasch in den Markt einzubringen, ist es heute nicht mehr zeitgemäß. Es setzt nicht nur falsche Anreize, sondern ist zugleich ineffizient und teuer. Mangelnde Transparenz führt zu hohen Fördertarifen, die sich nicht an den tatsächlichen Kosten orientieren. Gleichzeitig macht das Festhalten an nicht zukunftsfähigen Technologien, wie Strom aus Biogas, das System weiter teuer. Damit nicht genug, setzt das aktuelle System auch falsche Anreize. Mit dem Einspeisetarifsystem lässt sich am meisten Geld verdienen, wenn möglichst viel Strom erzeugt und ins öffentliche Stromnetz eingespeist wird. Das Problem: Insbesondere Windkraft- und Photovoltaikanlagen speisen sehr volatil, also unregelmäßig ein – je nach Wetterlage. Das bedeutet Stress für das Stromnetz, denn hohen Leistungsspitzen stehen lange Zeiten ohne nennenswerte Einspeisungen gegenüber. Außerdem haben Anlagenbetreiber bei fixen Abnahmepreisen keinerlei Anreize ihre Stromproduktion zu glätten oder stärker dem Verbrauch anzupassen. Die Folge ist, dass stets konventionelle Kraftwerke als Reserve bereit stehen müssen, um das Stromnetz stabil zu halten oder den fehlenden Bedarf zu decken – und das kostet natürlich auch Geld, viel Geld.

Was ist also zu tun?

Fokussierung auf zukunftsfähige Technologien: Eine Fokussierung auf rohstoffunabhängige, zukunftsfähige Technologien ist notwendig. Strom aus Wasser- und Windkraft aber auch aus Sonnenenergie ist nicht nur deutlich günstiger, sondern auch von Rohstoffpreisen unabhängig.

Anreize zur Systemintegration: Das Einspeisetarifsystem muss durch ein Förderregime ersetzt werden, das zu einer stärkeren Systemintegration der Ökostromproduktion führt. Im Kern geht es darum, dass die Anlagenbetreiber den produzierten Ökostrom selbst vermarkten und so stets danach trachten, dann Strom zu liefern, wenn die Nachfrage und damit der Marktpreis hoch sind. Vorstellbar wäre, von Dauersubvention auf einmalige Investitionszuschüsse umzustellen. Aber auch Aufschläge auf